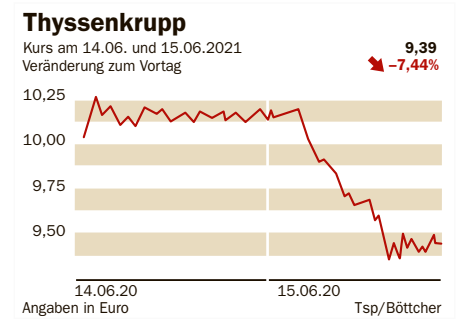


KURVE des Tages



Thyssenkrupp-Aktien sind abgerutscht. Fallende Metallpreise und der schwache europäische Rohstoffsektor wirkten negativ auf Stahl- und Kupferwerte. Außerdem lasse die Nachfrage in China derzeit etwas nach.

NACHRICHTEN

Wachstumsprognose angehoben

BERLIN - Das IWH-Institut hat seine Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft wegen der abflauenden Pandemie erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt werde in diesem Jahr um 3,9 Prozent und 2022 sogar um 4,0 Prozent zulegen, sagte das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) am Dienstag voraus. Im März war es nur von 3,7 und 3,6 Prozent ausgegangen. 2020 war Europas größte Volkswirtschaft wegen der Coronakrise noch um 4,8 Prozent eingebrochen. Allerdings sehen die Forscher auch Gefahren für den erwarteten Aufschwung, „falls die Pandemie im Sommer noch einmal aufflammt“, sagte IWH-Vizepräsident Oliver Holtemöller. Zudem könnten Lieferengpässe die Industrie, die derzeit von der anziehenden Auslandsnachfrage profitiert, weiter belasten. rtr

Rückgang bei Baugenehmigungen

WIESBADEN - Nach einem außerordentlich starken März hat die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland im April abgenommen. Die Behörden bewilligten in dem Monat den Neubau oder Umbau von 29 637 Wohnungen, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Um Saison- und Kalendereffekte bereinigt waren dies nach Berechnungen der Wiesbadener Statistiker 22,9 Prozent weniger als im März des laufenden Jahres. Vergleicht man jedoch die ersten vier Monate des Jahres insgesamt mit dem Vorjahreszeitraum, so liegt die Zahl der Baugenehmigungen um 13,8 Prozent höher. Die Zahl der Baugenehmigungen ist ein wichtiger Indikator für den Kampf gegen Wohnungsnot in vielen Städten. dpa

Weniger Arbeitsunfälle

BERLIN - Die zeitweilige Schließung von Betrieben und Geschäften hat im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitsunfälle sinken lassen. Sie ging um 13 Prozent auf gut 760 000 zurück, wie die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung am Dienstag mitteilte. Es gab auch weniger Unfälle auf dem Weg zur Arbeit sowie zur Schule. 2019 waren noch knapp 1,2 Millionen Unfälle in Schulen gemeldet worden, 2020 war es knapp eine halbe Million weniger. Ein Drittel häufiger wurden dagegen Berufskrankheiten angezeigt, rund 106 500 mal. Gut 30 000 davon standen im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung, die etwa bei Krankenhauspersonal als Berufskrankheit anerkannt werden kann. dpa

Schadenersatz für Ex-Diesel-Besitzer

KARLSRUHE - Im VW-Dieselskandal haben Kläger auch dann gute Aussichten auf Schadenersatz, wenn sie ihr Auto inzwischen weiterverkauft haben. Das wurde am Dienstag bei zwei Verhandlungen am Bundesgerichtshof deutlich. Nach vorläufiger Einschätzung des sechsten Zivilsenats ist - etwa für Berechnungen etwaiger Ansprüche - an die Stelle des Wagens der Verkaufspreis getreten. Der Anwalt von Volkswagen hingegen argumentierte in Karlsruhe, wenn der Kläger das Auto nicht mehr zurückgeben könne, falle der Schadenersatz geringer aus. Wann die Richter ein Urteil verkünden, wollten sie später entscheiden. dpa

Dr.-Oetker-Gruppe mit Minus

BIELEFELD - Die Dr.-Oetker-Gruppe zieht ein gemischtes Fazit des Corona-Geschäftsjahres 2020. Die Hoteltochter und die Geschäftsbereiche Bier und alkoholfreie Getränke litten laut Mitteilung von Dienstag besonders. Dieses Minus glied der Bereich Nahrungsmittel mit Tiefkühlpizzen, Pudding und Kuchen aber aus. Die gesamte Gruppe verbuchte 2020 einen Umsatz von 7,3 Milliarden Euro. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von rund einem Prozent. dpa

Gleiche Arbeit, ungleicher Lohn

Eine Gesetzesänderung soll das Gehalt in Pflegeberufen anheben. Regionale Unterschiede bleiben bestehen

VON ANNA THEWALT

BERLIN - Am Freitag hat der Bundestag die kurz vor Ende der Legislaturperiode angeschobene Pflegereform beschlossen. Nach einem harten Corona-Jahr soll die Reform auch ein Zeichen an die in der Pflege Beschäftigten senden: Wir haben euch gesehen, die Politik kümmert sich! Trotzdem hagelte es bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Neuregelungen Kritik. Die Gewerkschaft Verdi etwa befürchtet, dass die neuen Vorgaben für Löhne zu Missbrauch führen könnten.

Die Gesetzesänderung sieht für Betreiber von Pflegeeinrichtungen, die Leistungen mit der Pflegeversicherung abrechnen, Folgendes vor: Ab September 2022 müssen sie einen Lohn zahlen, der „die Höhe der Entlohnung eines Tarifvertrags nicht unterschreitet, dessen fachlicher Geltungsbereich mindestens eine andere Pflegeeinrichtung in der Region erfasst, in der die Pflegeeinrichtung betrieben wird“. Auch die Orientierung an einer kirchlichen Arbeitsrechtsregelung ist möglich. Verdi kritisiert, dass bei der Neuregelung der niedrigste Tarifvertrag einer Region als Untergrenze dienen wird. „Wer will, kann so weiterhin sehr niedrige Löhne bezahlen“, sagt Axel Weinsberg, bei Verdi zuständig für Tarifpolitik Altenpflege. Auch schaffe man so Anreizsysteme für Pseudogewerkschaften, die dann niedrige Haustarifverträge auf dem Niveau des Pflegemindestlohns abschließen könnten.

In der Altenpflege herrscht ein Flickenteppich an Bezahlungen. Die Entlohnung variiert je nach Region, Träger der Pflegeeinrichtung und Qualifikation der Pflegekraft. Ausschlaggebend ist auch, ob es einen Tarifvertrag gibt.

Für ungelernete Pflegehilfskräfte, die keine formale Ausbildung haben, und qualifizierte Pflegehilfskräfte gibt es einen Mindestlohn. Für ungelernete Hilfskräfte liegt dieser aktuell bei 11,80 Euro (West) und 11,50 Euro (Ost). Ab dem ersten September dieses Jahres soll die Angleichung der Löhne für Beschäftigte beider Landesteile auf 12 Euro erfolgen. Der Mindestlohn für qualifizierte Hilfskräfte liegt derzeit bei 12,50 Euro im Westen und 12,20 Euro im Osten des Landes. Er soll ebenfalls ab September angehoben und angeglichen werden, auf 12,50 Euro. Für eine Person, die Vollzeit arbeitet, ergibt das ein Monatsgehalt zwischen etwa 2000 und 2200 Euro brutto.

Für Pflegefachkräfte soll es ab dem ersten Juli ebenfalls zum ersten Mal einen bundesweiten Mindestlohn geben, der 15 Euro die Stunde beträgt. Vollzeit-



Tariforientierung ab 2022. Momentan variiert die Entlohnung je nach Region, Träger der Pflegeeinrichtung und Qualifikation der Pflegekraft. Foto: Guido Kirchner/dpa

kräfte, die nach dem Mindestlohn bezahlt werden, hätten demnach ein monatliches Einkommen zwischen 2400 und 2700 Euro brutto. In der Branche werden allerdings oftmals schon höhere Löhne gezahlt. Laut Zahlen, die kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurden, lag das Durchschnittsgehalt von Fachkräften in Altenpflegeheimen im Jahr 2020 bei 3291 Euro brutto.

Insgesamt sind in deutschen Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigt. In kommunalen Pflegeeinrichtungen wird nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gezahlt. Pflegehelfer:innen erhalten dabei als Einstiegsgehalt etwa

2334 Euro monatlich. Nach mehreren Jahren Berufstätigkeit kann der Lohn auf 2988 Euro ansteigen. Pflegehelfer:innen mit mindestens einjähriger Ausbildung bekommen zu Beginn der Berufstätigkeit 2430 Euro Gehalt, das mit den Jahren bis 3332 Euro steigen kann. Für Pflegefachkräfte liegt das Monatsgehalt zu Beginn der Berufstätigkeit bei 2880 Euro. Über die Jahre kann das monatliche Gehalt bis zu 3589 Euro betragen. Zusätzlich gibt es derzeit eine monatliche Pflegezulage von 70 Euro, eine Jahressonderzahlung sowie weitere Zuschläge.

Das Grundgehalt des freigemeinnützigen Anbieters Caritas, der laut eigenen Angaben etwa 170 000 Mitarbeiter:innen

in der Altenhilfe beschäftigt, liegt etwas höher als das des öffentlichen Dienstes: Im Westen bekommen ungelernete Pflegehelfer:innen im ersten Jahr 2546 Euro, qualifizierte Pflegehelfer:innen 2610 Euro und Pflegefachkräfte 3061 Euro. In den Tarifgebieten im Osten sind die Gehälter niedriger, aber immer noch höher als die des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes. Die Differenz Ost/West werde schrittweise abgebaut und 2025 nicht mehr existieren, sagt Mathilde Langendorf, Pressesprecherin des Deutschen Caritas Verbands. Auch die Caritas zahlt Pflegezuschläge und eine Jahressonderzahlung. Erst im Februar hatte die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas einen Antrag auf einen allgemeingültigen, flächendeckenden Tarifvertrag in der Pflege abgelehnt, den Verdi und der Arbeitgeberverband BVAP an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) gestellt hatten. Für die Durchsetzung eines flächendeckenden Tarifvertrags ist laut Arbeitnehmerentsendegesetz die Zustimmung der kirchlichen Wohlfahrtsverbände notwendig. Sie lehnten den Antrag ab, weil sie offenbar fürchteten, dass das Sonderrecht der Kirchen bei Lohnverhandlungen abhandeln gehen könnte.

Die nun verabschiedete Gesetzesregelung kann nach diesem gescheiterten Vorstoß durchaus als Versuch verstanden werden, trotzdem eine Tariforientierung für alle vorzugeben. Kritik an der nun beschlossenen Regelung übt auch die Arbeitgeberseite. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) warnt, die Neuregelung bedrohe die Existenz von Unternehmen. Bpa-Präsident Bernd Meurer forderte die vollständige Refinanzierung der Löhne sowie die angemessene Berücksichtigung des unternehmerischen Risikos. Beides sei nötig, um ein professionelles pflegerisches Angebot dauerhaft zu sichern.

Für die Anbieter bedeutet die Gesetzesänderung, dass sie spätestens zum September 2022 Löhne bezahlen müssen, die einer Tarif- oder kirchlichen Arbeitsrechtsregelung entsprechen. Wie viele Beschäftigte konkret davon profitieren werden, scheint unklar. Sicher ist zunächst nur eins: der Flickenteppich bei der Bezahlung in der Pflegebranche wird bis auf Weiteres bestehen bleiben.

WERKTÄGLICH
WIRTSCHAFTSGESUNDHEIT & E-HEALTH
BACKGROUND
Das Entscheider-Briefing zu Gesundheit & E-Health
Jetzt testen: **background.** tagesspiegel.de

Energie treibt Preise in die Höhe

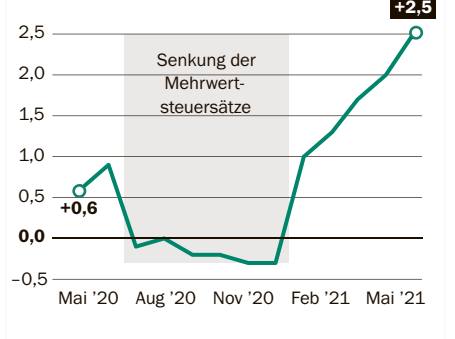
Inflationsrate steigt auf 2,5 Prozent

WIESBADEN - Die Teuerung in Deutschland hat mit 2,5 Prozent den höchsten Stand seit fast zehn Jahren erreicht - und Verbraucher müssen sich auch in den kommenden Monaten auf Preissprünge einstellen. Volkswirte rechnen damit, dass die Inflation im laufenden Jahr weiter anziehen wird, die Bundesbank hält vorübergehend Teuerungsraten um vier Prozent für möglich. Im Mai heizten vor allem steigende Energiepreise die Inflation an, wie das Statistische Bundesamt bestätigte. Energie verteuerte sich nach Berechnungen der Wiesbadener Behörde binnen Jahresfrist um zehn Prozent.

Ein Grund für diese überdurchschnittliche Steigerung ist ein sogenannter Basiseffekt: Vor einem Jahr waren die Rohölpreise mit Ausbruch der Corona-Krise wegen geringer Nachfrage auf dem Weltmarkt zeitweise eingebrochen. Seither haben sie sich erholt. Zudem sind in Deutschland seit Januar 25 Euro Abgabe je Tonne Kohlendioxid (CO₂) fällig, das beim Verbrennen von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas entsteht. Das treibt die Preise fürs Heizen und Tanken. Für Heizöl (plus 35,4 Prozent) und Kraftstoffe (plus 27,5 Prozent) mussten Verbraucher im vergangenen Mai deutlich tiefer in die Tasche greifen.

Einer Auswertung des Buchungsportals Check24 zufolge sind die Preise für Strom, Gas und Heizöl im ersten Halbjahr 2021 kräftig gestiegen. Für Strom beispielsweise zahlt eine Familie mit 5000 Kilowattstunden Jahresverbrauch demnach aktuell durchschnittlich 1524 Euro - und damit so viel wie zuvor im betrachteten Zeitraum seit 2007. Heizöl habe sich gemessen an einer Bestellung von 2000 Litern seit dem Tiefststand im September (770 Euro) um 65 Prozent verteuert. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Inflationsrate nach Berechnungen der Wiesbadener Statistiker

Verbraucherpreisindex



Quelle: Destatis - Stand: Juni 2021 Tsp/Rita Böttcher

im Mai 2021 bei 1,8 Prozent gelegen, ohne Heizöl und Kraftstoffe sogar nur bei 1,6 Prozent. Stattdessen hat die Teuerung in Deutschland nach zeitweise negativen Inflationsraten in der zweiten Jahreshälfte 2020 seit Beginn des laufenden Jahres stetig angezogen. Ein zweiter Preistreiber dabei: Die in der Corona-Krise für ein halbes Jahr gesenkte Mehrwertsteuer ist seit Januar wieder auf altem Niveau.

Im März hatte die Inflationsrate bei 1,7 Prozent gelegen, im April waren es dann schon 2,0 Prozent, im Mai nun 2,5 Prozent. So hoch war die jährliche Teuerungsraten in Europas größter Volkswirtschaft zuletzt im September 2011. Von April auf Mai 2021 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent.

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI, den die Europäische Zentralbank (EZB) für ihre Geldpolitik heranzieht, lag in Deutschland im Mai um 2,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats und um 0,3 Prozent über dem Stand von April 2021. Die EZB strebt mittelfristig für den gesamten Euroraum eine Jahressteigerungsrate von knapp unter 2,0 Prozent an. In ihrer jüngsten Prognose geht die EZB davon aus, dass sie im laufenden Jahr ihrem Inflationsziel sehr nahe kommen wird: Die Währungshüter rechnen mit einem Anstieg der Teuerung in den 19 Eurostaaten um 1,9 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte der Preisdruck nach Einschätzung der Notenbank dann wieder nachlassen, die EZB erwartet 2022 eine jährliche Preissteigerung von 1,5 Prozent. Hierzulande wird eine Inflation von 1,8 Prozent erwartet. dpa

Konsum vor Klima

Laut einer Studie werden die Ziele des Pariser Abkommen ohne großen gesellschaftlichen Wandel verfehlt

BERLIN - Sei es der Streit über eine Erhöhung des CO₂-Preises oder das knapp gescheiterte Referendum über ein neues Klimaschutzgesetz in der Schweiz - aktuell zeigt sich, dass es der Politik immer noch schwerfällt, konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele durchzusetzen. Nun werden auch Stimmen aus der Wissenschaft lauter, die darauf hinweisen, dass die Ziele an der Umsetzung scheitern könnten. Ernüchterung rief die vergangene Woche veröffentlichte Studie des Hamburger Exzellenzcluster Climate, Climatic Change, and Society hervor. Demnach sei eine vollständige Dekarbonisierung bis 2050 global nach aktuellem Stand „nicht plausibel“.

Das Problem liegt in der Kluft zwischen dem technisch Machbaren und dem sozial Nötigen, um Klimaneutralität zur Mitte des Jahrhunderts zu erreichen. Viele Wissenschaftler entwerfen ihre Dekarbonisierungsszenarien auf Basis von technisch-ökonomischen Instrumenten, die mit diesem Blickwinkel zwar funktionieren, die gesamtgesellschaftliche Transformation allerdings nicht betrachten. Dies berücksichtigt nun der Hamburger Bericht, an dem 40 Wissenschaftler arbeiteten. Es ist nach ihren Angaben das erste Mal, dass die Plausibilität einer vollständigen Dekarbonisierung bis 2050 auf diese Art untersucht wurde.

Anhand zehn verschiedener sozialer Treiber bewertete das Team die aktuelle Situation aus gesellschaftlicher Sicht. Das

Ergebnis: Der notwendige soziale Wandel ist so groß, dass er das Erreichen des Ziels gefährdet. Gerade durch die Corona-Pandemie sei noch einmal deutlich geworden, dass die Angst vor Veränderung groß ist. Die Debatte um Verbote von Kurzstreckenflügen deutet dabei schon auf ein Weiter so nach der Pandemie hin.

Zwar würden sechs der Treiber die Tendenz zur Dekarbonisierung verstärken: Dazu zählen die Forschenden die Klimapolitik der Vereinten Nationen, Klimaurteile von Gerichten, die Produktion von Wissen zur Umsetzung von Transformationen, Gesetze zum Klimaschutz, staatenübergreifende Programme wie der europäische Green Deal und der Kapitalabzug aus fossilen Energieträgern.



Kaum Umdenken. Corona befeuerte den Onlinekonsum. Foto: Winfried Rothermeil/Imago

Deren Dynamik reiche allerdings nicht aus, um Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen, erklärt Anita Engels, Soziologin an der Universität Hamburg: „Natürlich nehmen wir die aktuellen Gerichtsurteile zum Klimaschutzgesetz oder zu Shell wahr und überlegen, ob das nun den gesellschaftlichen Kippunkt für einen Treiber bedeutet.“ Allerdings sei die Verpflichtung eines einzelnen Ölkonzerns, seinen CO₂-Ausstoß zu reduzieren, nicht ausreichend, sagt Engels: „Wir dürfen uns nicht vom Gefühl blenden lassen, dass gerade etwas passiert. Was passiert, liegt nicht aus.“

Das liegt auch daran, dass zwei Treiber weiter steigende Emissionen produzieren. Zum einen ist es das Verhalten der Unternehmen. Zwar gebe es Bestrebungen in Richtung Kreislaufwirtschaft. Allerdings „verlaufen diese mit der Zeit durch die Logik des Wirtschaftswachstums und kurzfristiger Profitmaximierung im Sande“, schreiben die Wissenschaftler.

Das zweite Problemfeld ist das Konsumverhalten. Corona hat nicht zu einem grundlegenden Umdenken beim Verbrauch von Ressourcen geführt. Lediglich die Art wie eingekauft wird, habe sich verändert - hin zum Onlinekonsum. Für die übrigen beiden Treiber - Klimaproteste und soziale Bewegungen sowie Journalismus - konnte der Einfluss auf eine Dekarbonisierung bis 2050 nicht bewertet werden. Zwar erwarten die For-

schenden einen steigenden Trend bei der Berichterstattung über den Klimawandel. Dies werde aber möglicherweise nur wenig Einfluss auf individuelle Einstellungen und Sichtweisen haben. Bei den sozialen Bewegungen sei unter anderem unklar, ob sie den politischen Druck aufrecht erhalten könnten.

Nicht untersucht wurde für die Studie der Einfluss des globalen Bevölkerungswachstums auf prognostizierte 9,3 Milliarden Menschen bis 2050. Allein in Afrika dürfte sich die Bevölkerungszahl in den kommenden dreißig Jahren verdoppeln. Um dem steigenden Energiebedarf zu decken, sollen in verschiedenen afrikanischen Staaten 20 neue Kohlekraftwerke gebaut werden, die bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus CO₂ ausstoßen werden.

Obwohl diese Entwicklungen entmutigend wirken könnten, sehen die Wissenschaftler die Dekarbonisierung bis 2050 immerhin als teilweise erreichbar. Das heißt, die Emissionen werden sinken. Nur nicht schnell genug. Die Wissenschaftler gehen daher davon aus, dass eine Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 1,7 Grad bis 2100 auch in einem Szenario mit niedrigen Emissionen unrealistisch ist. Laut Engels müsste der Druck auf die Politik erhöht werden, damit das Ziel einer dekarbonisierten Welt bis zur Mitte des Jahrhunderts noch erreichbar bleibt. Ein solcher Handlungsdruck könnte die gezeichneten Pfade noch verändern, heißt es auch in der Studie. DAVID RENKE